



17.03.2023 – 09:01 Uhr

## Regierung setzt Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftekräftemangels ein

Vaduz (ots) -

Unter der Leitung des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt soll die Arbeitsgruppe "Fachkräftemangel" die Auswirkungen des zunehmenden Fach- und Arbeitskräftekräftemangels auf den Wirtschaftsstandort Liechtenstein analysieren und konkrete Massnahmen prüfen.

Neben den aktuellen Unsicherheiten und Krisen ist der Mangel an Fach- und Arbeitskräften eine der grössten Herausforderungen für die Wirtschaft. Für Liechtenstein als sehr kleine, exportorientierte Volkswirtschaft ist die Verfügbarkeit von Fachkräften im globalen Standortwettbewerb eine Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Erhaltung des Wohlstands. In den letzten Jahren hat sich der Fachkräftemangel zu einem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften ausgeweitet. Diese Entwicklung lässt sich in vielen europäischen Ländern beobachten, vor allem auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die Ausgangslage in Liechtenstein ist mit den anderen Ländern vergleichbar und teilweise noch akzentuiert. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, die Wirtschaft wächst weiter und es ist eine hohe sowie wachsende Zahl offener Stellen zu verzeichnen. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass in den nächsten 10 Jahren deutlich mehr Menschen aus dem Arbeitsprozess ausscheiden als im Inland eintreten können. Die technologische Entwicklung und die Digitalisierung schaffen auch in Liechtenstein entgegen ursprünglicher Annahmen mehr Stellen als dadurch verloren gehen. Auch der Klimawandel und die Energiewende erhöhen den Bedarf an qualifiziertem Personal. Ebenfalls stehen der Gesundheits- und Pflegebereich sowie das Bildungswesen vor grossen Herausforderungen, genügend qualifiziertes Personal zu finden.

Staat und Wirtschaft müssen zur Bekämpfung des Fach- und Arbeitskräftekräftemangels gemeinsam handeln. Neben den zuständigen Ministerien und Amtsstellen sind daher auch die Wirtschaftskammer, die LIHK und externe Experten in der Arbeitsgruppe vertreten. Die zu prüfenden Massnahmen betreffen zum einen die staatlichen Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung von Aus- und Weiterbildung zur besseren und zukunftsorientierten Qualifizierung der Arbeitskräfte. Zum anderen sollen auch Massnahmen zur besseren Ausschöpfung des bestehenden inländischen Arbeitskräftepotenzials geprüft werden.

Pressekontakt:

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt  
Markus Biedermann, Generalsekretär  
T +423 236 60 09  
markus.biedermann@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100904532> abgerufen werden.